

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 1 (1975)

Heft: 2

Rubrik: [Semesterberichte = Rapports semestriels]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fondamentale; il le fera de manière de plus en plus sélective, en raison du marasme des finances publiques et de la nécessité de planifier dans une perspective de croissance zéro ou de croissance très lente. Les temps ont changé!

Olivier Reverdin

Président du Conseil national
de la recherche

Universität Basel

Réduction de la somme des salaires versés aux membres de l'Université. Adaptation structurelle de l'Université aux possibilités financières du canton de Bâle-ville ne doit pas entraîner une diminution de qualité. Suppression de l'Association générale des étudiants en tant qu'association obligatoire; conséquences de cette mesure. Pas d'inscription préalable au semestre d'été 1975 sauf pour les futurs étudiants en médecine. Le Recteur H.U.Zollinger assume sa fonction une seconde année. L'intérêt de la population pour l'Université augmente.

"Alles, was zugrunde richtet und zerstört, ist das Schlechte, was aber erhält und fördert, ist das Gute".
(Platon: Staat, 10.Buch)

Angesichts Basels schwieriger Finanzsituation hat die Regierung der Universität vielleicht folgenschwere Restriktionen geboten. Bis 1978 sollen successive 10% der Lohnsumme sämtlicher Gehälter der Universitätsangehörigen, und auch ihrer "Kopfzahl" - im wesentlichen durch nicht mehr Besetzung vakant werdender Stellen - eingespart werden. Diese Verfügung ist eine nicht geringe Gefährdung für die Erfüllung der Aufgaben unserer Hochschule. Die Zeiten, da ein Friedrich Nietzsche 1872 sagen konnte, Basel "habe in einem unverhältnismässig grossartigen Sinne und in einem für grössere Staaten geradezu beschämenden Masse die Bildung und Erziehung der Bürger zu fördern gesucht", scheinen jedenfalls für die Universität vorbei. Freilich auch ein 1851 allerdings wuchtig abgelehnter Antrag im grossen Rat, man möge die Universität durch eine Gewerbeschule ersetzen, wäre heute nicht denkbar.

Die an der Universität Verantwortlichen - und solche Verantwortung sollten nicht nur Einzelne empfinden - werden versuchen müssen, durch sinnvolle strukturelle Veränderungen in Anpassung an die finanziellen Möglichkeiten des kleinen Stadt-Kantons, der so dringend der Hilfe seiner Nachbarn und des Bundes bedarf - die Basler Hochschule ist eine eid-

genössische Notwendigkeit - Einsparungen ohne Qualitätsverlust zu erreichen. Adaptationen, etwa hinsichtlich Auswahl und Quantität des Lehrangebotes, rechtfertigen sich auch angesichts eines Minderbedarfes an Akademikern in manchen Bereichen; Folge einer kaum rasch schwindenden wirtschaftlichen Rezession; auch des Geburtenrückganges. Darum muss auch ein Ueberangebot an Hochschulabsolventen verhütet werden. Entscheidende Voraussetzung dafür ist eingehende und sachliche Orientierung in den Maturitätsschulen. So wäre ein sich schon einschleichender numerus clausus am ehesten zu verhindern.

Durch Urteil des Verwaltungsgerichtes hat die Studentenschaft Basel ihren Charakter als Zwangskorporation verloren. Der Regierungsrat verabschiedete eine Verordnung für die Wahl eines Studentenrates. Damit ergab sich die Notwendigkeit, die zweijährige Amtsdauer der Regenz bis anfang Juli zu verlängern, da es Aufgabe des Studentenrates ist, die 12 studentischen Mitglieder der Regenz zu wählen. Die Wahl des neuen Studentenrates hat mit der unerwartet hohen Stimm-beteiligung von 51% aller Immatrikulierten eine pluralistische Studentenvertretung möglich gemacht. Grosse Teile der sonst "schweigenden Mehrheit" sind sich endlich ihrer Pflicht als akademische Bürger bewusster geworden. Die Wahlen vom 2. Juni sind ohne Zwischenfälle und ohne Rekurse verlaufen. Die Neuwahlen in die 61-köpfige Regenz, dem Senat anderer Hochschulen entsprechend, konnten am 3. Juli durchgeführt werden. Auch sie ergaben eine weniger einseitige Vertretung der Studenten. Die veränderte rechtliche Situation der Immatrikulierten erfordert eine neue "Ordnung für die Studierenden" im Sinne einer Totalrevision unter besonderer Berücksichtigung des Gebührenwesens. Eine Regenzkommission wird sich im kommenden Wintersemester der Konzeptierung dieser heiklen Aufgabe unterziehen.

Auf eine Voranmeldeaktion für das Sommersemester konnte verzichtet werden, mit Ausnahme der Mediziner, für die ein eidgenössisches Verfahren nur Immatrikulation im Wintersemester zulässt. Leider konnten nur 16 ausländische Studierende angenommen werden. Unter den 236 Studienanfängern dominieren Angehörige der philosophisch-historischen Fakultät, davon sind 116 Germanisten, Romanisten und Anglisten. 55 Juristen stehen 9 Theologen gegenüber. Die Immatrikulationstermine wurden gesamtschweizerisch wenigstens soweit koordiniert, als Anfangs- und Schlusstermine nicht mehr als 14 Tage auseinanderliegen.

Erfreulicherweise hat sich unser vortrefflicher Rektor H.U. Zollinger bereit gefunden, sein Amt ein zweites Jahr zu übernehmen; in Basel leider die äusserste Limite. Abgesehen von seinen persönlichen Fähigkeiten die Hochschule zu führen, ist eine Kontinuität des Rektorates eine Notwendigkeit, jetzt, in einer Zeit des Ueberganges: neuer Studentenrat, neue Re-

genz, immer noch in Vorbereitung befindliches Universitätsgesetz, bevorstehender Entscheid des Kantons Basellandschaft zu Mitträgerschaft unserer Hochschule mit ihren nur zu 1/3 in Basel-Stadt wohnenden Studenten. Zweckmässigerweise werden dem Rektorat durch eine aus Universitätsangehörigen bestehende ständige "Koordinationskommission", einem Stabsorgan des Erziehungsdepartementes, vielleicht ein Vorläufer eines künftigen Universitätsrates, die Planungsaufgaben abgenommen.

Erfreulich ist ein wachsendes Interesse für die Universität in manchen Kreisen der Stadt. So ist es durch die einsichtsvolle Hilfe der in Zeiten grösster Not der Hochschule nach der unglücklichen Kantonstrennung 1835 gegründeten "freiwilligen akademischen Gesellschaft" möglich gewesen, die vom Rektorat herausgegebene, über das Universitätsleben orientierende "Uni nova" weiterzuführen und einer weiteren Oeffentlichkeit zugänglich zu machen.

F. Rintelen

Universität Bern

Faut-il exiger un certificat de bonnes moeurs pour l'immatriculation?

Von den Oberflächenwellen, die aus der universitären Aktivität hervorgehen, schlugen wohl diejenigen den grössten Schaum, die bei den Diskussionen über die Zulassungsbedingungen zur Universität entstanden.

Es ging um das Stichwort "Leumund" und "Selbstdeklaration". Seit Generationen musste, wer sich an der bernischen Universität immatrikulieren wollte, ein Leumundszeugnis vorlegen. Bei der Anwendung dieser Vorschrift durch das Rektorat wurde offenbar meistens als selbstverständlich angenommen, es werde als Immatrikulationsvoraussetzung ein guter Leumund verlangt und das Leumundszeugnis sei ein zuverlässiges Dokument. Ernsthafte Ueberlegungen liessen Zweifel an der Richtigkeit beider Annahmen aufkommen. Im Rahmen eines Entwurfs zu einem neuen Disziplinarreglement schlug der Senat der Universität vor, auf das Leumundserfordernis ganz zu verzichten. Die Erziehungsdirektion jedoch, nach Rücksprache mit der Justizdirektion, lehnte diese Neuerung ab. Daraufhin hatte die Immatrikulationskommission zuhanden des Rektorats Richtlinien über die Beurteilung der nicht einwandfreien Leumundszeugnisse auszuarbeiten.

Generell kam dieses Gremium zur Empfehlung, bei Delikten (inkl. Ueberzeugungsdelikten) sei auf die Tragbarkeit für

die Universität und ihre Angehörigen abzustellen, wobei auch der Gesichtspunkt der Nichterfüllung der bürgerlichen Pflichten (inkl. Militärdienst) mitzuberücksichtigen sei. Verurteilte mit Bewährungsfrist bis zu 2 Jahren sowie jene Bewerber, denen durch die Militärjustiz Gewissensnot zugebilligt wurde, seien in der Regel hochschulrechtlich nicht zu belangen. Bei Verurteilungen mit Bewährungsfrist von mehr als 2 Jahren (schlechte Prognose) könne eine Karenzfrist von 1-2 Jahren angesetzt werden. Grundgedanke war dabei der, die bedingt verurteilten Dienstverweigerer aus politischer Ueberzeugung sollten mit ihrem Studienbeginn immerhin solange zuwarten müssen wie die vielen jungen Männer, die ihren Militärdienst - wenn auch murrend - tatsächlich leisten.

Da das Leumundszeugnis über Vorstrafen keine Auskunft gibt, wurde vorgeschlagen, in Zukunft zusätzlich zum Leumundszeugnis eine Selbstdeklaration der Vorstrafen zu verlangen. Um diese Selbstdeklaration ist eine sehr breite und tiefgehende Diskussion entstanden. Durch offene Briefe, Zeitungsartikel und eine Motion im kantonalen Parlament wurde die Auseinandersetzung auch in die Oeffentlichkeit getragen, und es wurden auch Grundsatzfragen erörtert. So kam der Verein juristischer Assistenten der Universität Bern zum Schluss: "Die Nichtzulassung eines Studienbewerbers aufgrund eines nicht einwandfreien Leumundszeugnisses und a fortiori die Nichtzulassung aufgrund der Selbstdeklaration verstossen gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze des Verwaltungshandelns."

Diese Schlussfolgerung gründet unter anderem auf der Behauptung: "Das öffentliche Interesse erheischt nur Beschränkung der persönlichen Freiheit im Zusammenhang mit dem Nachweis einer geeigneten Vorbildung. Nicht erforderlich hingegen ist der Nachweis besonderer Charakteranlagen oder besonderer sozialer Wertschätzung. Der Anstaltszweck setzt einzig die Fähigkeit des Lernens voraus."

Nach der Meinung des Berichterstatters (eines Nichtjuristen) hängt die persönliche Stellungnahme in der fraglichen Angelegenheit davon ab, ob man diese Behauptung als richtig oder als falsch empfindet. Ausserhalb der Universität jedenfalls gibt es sehr viele Menschen - davon kann sich jedermann leicht überzeugen - die vom Akademiker "den Nachweis besonderer Charakteranlagen" erwarten.

Schliesslich wurde eine elegante Lösung gefunden. Die Bestimmung: "An der Universität Bern wird nur zugelassen, wer sich über einen guten Leumund ausweist" verpflichtet niemanden mehr, ein Leumundszeugnis vorzuweisen. Bloss wer weiss oder annehmen muss, sein Leumund könnte beeinträchtigt sein, hat das Rektorat um eine Unterredung nachzusuchen.

Ob allerdings diese Neuinterpretation des Begriffs "sich

ausweisen" auch ausserhalb der Universität Bern üblich werden wird, bleibt abzuwarten.

W. Mosimann

Universität Freiburg

Nouveau rectorat. Personalia. Le Conseil d'Etat a fixé à 2% le taux maximum de croissance annuelle des dépenses universitaires. Agrandissement du bâtiment des sciences humaines. Protestation des étudiants contre des augmentations de prix à la Mensa. En accueillant des étudiants en médecine de Suisse alémanique pour leurs premiers semestres, l'Université contribue de manière notable à atténuer les difficultés du problème des plans d'étude dans les Facultés de médecine. Le maintien du bilinguisme, élément essentiel de compréhension réciproque, nationale et internationale, est une des tâches les plus importantes de l'Université de Fribourg.

Auf Ende des Wintersemesters 1974/75 hat das neue Rektorat unter Herrn Gaston Gaudard, Professor für regionale und internationale Oekonomie seine Funktionen aufgenommen. Es gehören ihm an: Herr Jean-Dominique Barthélemy, Professor für Altes Testament, Herr Carl Pfaff, Professor für mittelalterliche Geschichte, Herr Heinrich Kleisli, Professor für Mathematik, Herr Norbert Bischof, Administrator.

Die Universität verlor am 27. Mai 1975 eine ihrer markantesten Persönlichkeiten in Herrn Peter Jäggi, Professor für Zivilrecht. Prof. Jäggi hat sich immer mit grossem Einsatz für die Probleme der Universität interessiert und war massgeblich an der Erarbeitung des neuen Universitätsgesetzes und der Statuten beteiligt.

Herr Dr. Norbert Bischof, Administrator und vollamtliches Mitglied des Rektorates wird die Universität leider verlassen, um sich anderen Aufgaben in seinem Wohnkanton zu widmen.

Im Frühling 1975 beschloss der Staatsrat des Kantons Freiburg das Prinzip der Plafonierung der Universitätskosten. Danach werden diese in Zukunft - die Teuerung ausgenommen - nicht mehr als 2% jährlich zunehmen dürfen.

Die Arbeiten zur Erweiterung der Gebäude von Miséricorde für die Geisteswissenschaften werden diesen Herbst beginnen, nachdem mannigfache Widerstände überwunden werden konnten.

Während des Sommersemesters beschäftigte sich das Rektorat intensiv mit dem Problem der Mensa, nachdem eine Preiserhöhung zu massiven studentischen Protesten geführt hatte.

Auch dieses Jahr leistet Freiburg einen erheblichen Beitrag zur Milderung der Kapazitätsprobleme im Fach Medizin. So wird das Kantonsspital nun zur klinischen Ausbildung der Mediziner von Lausanne und Genf beigezogen. Die naturwissenschaftliche Fakultät hat wiederum 64 erstsemestrige Medizinstudenten aus der deutschen Schweiz übernommen, welche dort keinen Studienplatz finden konnten. Obwohl diese Umleitungen nicht gerade beliebt sind, bietet Freiburg den Studenten doch verhältnismässig geringere Schwierigkeiten, da der Unterricht zweisprachig ist.

Das Rektorat betrachtet die Wahrung dieser Zweisprachigkeit als eine seiner wichtigsten Aufgaben. Sie entspricht am besten den effektiven Bedürfnissen unseres Landes wie auch der wissenschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Zeit: Die Forschung darf nicht auf sprachliche Barrieren stossen, und die Förderung zwischenmenschlicher Kontakte ist ein wesentliches Element zur Verständigung auf nationaler und internationaler Ebene. Im westlichen Europa ist Freiburg die einzige doppelsprachige Universität.

Carl Pfaff

Université de Genève

Die neuen Regelungen unserer Hochschule sollten bald verabschiedet werden und in Kraft treten. Nur einzelne Punkte sind noch umstritten. Das Programm des Rektorats, das im Januar herausgegeben wurde, enthält wesentliche Grundsätze für die Orientierung der Politik unserer Universität in Lehre und Forschung.

Le règlement universitaire exigé par la nouvelle loi est en voie d'achèvement. Il apporte un certain nombre d'innovations importantes:

- Sous certaines conditions l'Université admettra désormais des étudiants sans maturité. Ils devront être âgés de plus de 25 ans et au bénéfice d'une solide formation professionnelle.
- Il sera possible à l'avenir de faire des études à temps partiel.
- Le règlement fixe en outre la procédure de recours en cas de conflits entre membres de l'Université.

Certains autres problèmes importants sont encore en suspens. Le voeu du rectorat de supprimer l'exigence du latin pour l'admission en Faculté de Droit, en particulier, rencontre de fortes résistances. Le renouvellement des mandats des chargés de recherches et des chefs de travaux pose des problèmes humains sérieux.

Dans son programme paru au début de l'année, le Rectorat énonce certains principes fondamentaux et des plans d'action dont il n'est pas possible de rendre compte en détail ici. Quelques points, cependant, méritent d'être relevés:

- La recherche fondamentale est et doit rester une des missions essentielles de l'Université, elle ne doit pas être dissociée de l'enseignement.
- L'université fait partie de la cité, elle doit maintenir et développer les contacts avec la vie culturelle, économique et politique de celle-ci.
- La liberté académique est essentielle à l'Université si elle veut exercer efficacement sa fonction dans la société. En contrepartie elle doit être consciente de sa responsabilité sociale. Elle doit notamment chercher, par la coordination sur le plan national et international, à faire le meilleur usage des moyens financiers mis à sa disposition par la collectivité.
- Les examens intermédiaires ne doivent pas seulement contrôler l'acquisition des connaissances, ils doivent être aussi un moyen pour l'étudiant de s'orienter vers les disciplines qui lui conviennent le mieux.
- Le niveau général des exigences pour l'obtention d'un titre universitaire doit être au moins maintenu, qu'il s'agisse de la voie traditionnelle de la maturité ou de nouvelles filières.
- L'université doit tenir compte du problème des débouchés. A cette fin elle doit encourager une bonne orientation professionnelle. Elle doit veiller aussi à ce que les voies d'études soient suffisamment générales et ne conduisent pas à un éventail de carrières professionnelles trop étroit. Le Rectorat souhaite aussi la généralisation de la licence en 3 ans pour éviter que des études trop longues ne réduisent les possibilités d'adaptation à l'activité professionnelle.

La nouvelle échelle des traitements des professeurs d'Université n'a pas encore été établie. Elle fait l'objet de négociations délicates entre l'Association des Professeurs de l'Université de Genève et les autorités politiques.

Au printemps prochain, le corps professoral disposera d'un Club situé à proximité immédiate des bâtiments des Bastions, grâce à la générosité de la Fondation Schmidheiny.

A. Giovannini

Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne

Der Präsident der EPFL hat der Presse ein neues, verändertes Projekt für das "Campus" in Ecublens vorgestellt. Die "Tage der offenen Türen" waren ein grosser Erfolg. Die Studenten organisierten eine Diskussion über das Thema: Die Studenten gegenüber den Industriellen. Die Reformkommission schlägt eine neue Form der Studienkontrolle vor, mit dem Ziel, ähnlich wie bei den eidgenössischen Maturitätsprüfungen propädeutische Examina einzuführen. Personalien, Symposien, Seminarien und Kongresse an der EPFL. Drei Veröffentlichungen des Pressedienstes, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuen.

Au début du semestre d'été le Président de l'EPFL M. le professeur Cosandey, a exposé dans une conférence de presse l'état actuel du projet du nouveau "campus" de l'Ecole à Ecublens. Le projet précédent a dû être remanié à la suite d'oppositions formulées; le nouveau projet se caractérise par une baisse générale de la hauteur qui ramène l'ensemble à un "tapis" de bâtiments de 2 à 4 étages en moyenne, présentant une disposition allégée des volumes, à la place des tours d'environ 43 m de hauteur primitivement prévus. Aussi le nouveau projet semble-t-il maintenant rencontrer une approbation générale. Une exposition de plans et maquettes a été ouverte au public sur les lieux mêmes du chantier et a permis à chacun de se faire une meilleure idée du projet qu'en se basant uniquement sur les communiqués et photos parus dans la presse.

Les journées "Portes ouvertes" des 9/10 mai ont eu un grand succès et on peut estimer que 3500 à 4000 personnes ont visité l'EPFL à cette occasion. De telles journées sont spécialement utiles aux gymnasiens et à leurs parents pour leur permettre de concrétiser leurs idées sur le travail de l'ingénieur et choisir en meilleure connaissance de cause une éventuelle carrière scientifique ou technique. Tous les citoyens et citoyennes ont eu l'occasion de se familiariser avec certains problèmes qui se posent en énergie nucléaire, en construction, en transport, en électronique et dans bien des domaines interdisciplinaires. Quelques professeurs présentaient des expériences de physique avec un tel brio que leur succès pourrait rendre envieux bien des artistes.

Pour la première fois au semestre d'été les nombreux cours en sciences humaines ont été ouverts au public.

En avril les étudiants avaient organisé une conférence-débat sur le sujet: les étudiants face aux industriels. Le Président de l'EPFL et 3 ingénieurs cadres de l'industrie introduisirent le sujet devant 150 étudiants et quelques professeurs. Un débat fort animé suivit.

La Commission de réforme de l'Ecole propose une nouvelle structure du contrôle des études qui le rapprochera de celui de beaucoup de nos universités ou autres hautes écoles et tout particulièrement de celui des examens fédéraux de médecine. Les répétitions semestrielles actuelles seraient supprimées au profit d'examens propédeutiques plus étoffés et dont la réussite sera la *conditio sine qua non* du passage de lère année en deuxième, respectivement de deuxième en troisième. Les résultats de certaines branches et particulièrement des travaux pratiques, qui permettent un contrôle continu et approfondi durant le semestre, pourraient être pris en considération dans les résultats d'examens tant au niveau des examens propédeutiques que du diplôme. Une grande liberté serait laissée aux départements dans le choix des branches et dans l'organisation des examens. Le système est actuellement en consultation à l'intérieur de l'Ecole (pour plus de détail voir Flash EPFL no 15).

Sur le plan personnel citons les leçons d'adieu des professeurs Rolf MEYER et Charles BLANC qui connurent toutes deux un grand succès. Le premier parla sur "Le rôle future de l'aménagement du territoire". Le second, qui a enseigné pendant plus de 30 ans et installé en 1958 déjà le premier ordinateur à l'EPFL, a traité avec science et humour le sujet: "Mathématicien et société". Le professeur Philippe CHOQUARD, directeur du laboratoire de physique théorique, a été nommé délégué aux Projets d'école qui sont, rappelons-le, en principe des projets de recherche interdisciplinaires.

Durant le semestre d'été et les vacances universitaires, l'EPFL a accueilli de nombreux symposiums, séminaires et congrès. Nous ne citerons que les plus importants: L'Ecole européenne d'été d'environnement, organisée pour la deuxième fois et qui a réuni 70 participants venant de 12 pays; la 7^e conférence européenne sur la fusion thermonucléaire contrôlée et la physique des plasmas: ainsi que le 3^e congrès de la société européenne pour la formation de l'ingénieur (SEFI), congrès plus particulièrement consacré cette année au rôle de la recherche dans la formation des ingénieurs.

Les publications du service de presse rencontrent un succès grandissant. Le Mémento est une simple feuille qui paraît chaque semaine durant le semestre et mérite bien son nom. Le Flash, bulletin interne d'information et d'opinion, où chacun peut s'exprimer, paraît tous les quinze jours. Enfin, le Polyrama, qui paraît en principe dix fois par an, et est destiné à faire le lien entre l'EPFL et le public. Chaque numéro est en général consacré à un sujet spécial. Le no 24, paru fin mai, traitait de la Connaissance et de l'aménagement du sol, le no 25 du mois suivant de la Femme dans la Science et la technique.

E. Hamburger

Université de Lausanne

In Dorigny ist mit dem Bau des ersten Gebäudes für die Humanwissenschaften begonnen worden; es wird die rechtswissenschaftliche Fakultät und die Ecole des Hautes études commerciales aufnehmen. Der Senat hat sich mit der neuen "Kommission für studentische Angelegenheiten" befasst, die von der Universität und der EPFL gemeinsam ins Leben gerufen worden ist, ferner mit Fragen der wissenschaftlichen Forschung. Die Gonin-Medaille ist dem Ophthalmologen Professor David G. Kogan verliehen worden. Vor der Vereinigung der Professoren der Universität Lausanne sprach Professor B. Schwartz über pädagogische Probleme des Hochschulunterrichts.

La construction d'un premier bâtiment destiné aux Sciences humaines a commencé ce printemps, en Dorigny, sur les nouveaux terrains de l'Université. Ce bâtiment comprendra les auditories, salles de séminaire, salles de travail, bureaux nécessaires à la Faculté de droit et à l'Ecole des Hautes études commerciales, ainsi que leurs bibliothèques propres. Le gros oeuvre doit être achevé l'an prochain et l'on attend la mise en service pour la rentrée d'automne 1977. Afin d'occuper entièrement, dès la mise en service, tous les locaux construits au cours de cette étape, quelques universités de la Faculté des lettres viendront aussi s'y installer, notamment l'Institut de géographie qui occupe depuis quelques années, en Dorigny, quelques locaux, provisoirement disponibles, d'un bâtiment déjà au service. Cela exigera, dans cette Faculté, des remaniements d'horaire assez considérables pour ménager aux étudiants un emploi du temps rationnel pendant quelques années. Ce n'est, en effet, que grâce à une étape ultérieure de construction que la Faculté des lettres au complet, la Faculté de théologie, l'Ecole des sciences sociales et politiques s'installeront dans un second bâtiment des Sciences humaines jumeau du premier; ces disciplines doivent en effet pouvoir disposer, outre leurs bibliothèques propres, des réserves de la Bibliothèque cantonale et universitaire.

La création d'une Commission des affaires étudiantes commune à l'Université et à l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne, ainsi que d'un Fonds des assurances, décidée en mai, a conduit à l'adoption, en juillet, du règlement de cette institution qui étudiera et assurera, pour les autorités des deux Hautes Ecoles, les tâches d'accueil des étudiants, les manifestations culturelles, les problèmes du logement et des repas, des bourses et aides aux étudiants, de la santé et des assurances, enfin des possibilités de travail.

La commission de la Recherche scientifique a été réorganisée et sera, selon une décision récente de cette assemblée, une Commission du Sénat.

A la rubrique des manifestations académiques, le point principal a été la remise de la médaille Gonin, haute distinction dans le domaine de l'ophtalmologie, créée en 1937, au Professeur David G. Kogan.

L'assemblée annuelle de l'Association des professeurs de l'Université de Lausanne a été honorée d'une conférence du Professeur Bertrand Schwartz, ancien Directeur de l'Ecole des Mines de Nancy - qui est actuellement invité à notre Ecole des Sciences sociales et politiques - sur les réformes de l'enseignement dont il a une longue expérience et sur les problèmes de la pédagogie au degré universitaire.

D. Christoff

Université de Neuchâtel

Wachsende finanzielle Sorgen des Kantons. Das Budget der Universität ist gegenüber dem Vorjahr gekürzt worden. Um neue Assistentenstellen erhalten zu können, verzichteten die Professoren, Assistenten und Lehrbeauftragten auf 3% ihres Salärs. Trotz der budgetären Probleme ist ein Lehrstuhl für Kunstgeschichte und moderne Kunst geschaffen und Professor Pierre Grassier anvertraut worden. Für das Studienjahr 1975/76 ist mit einer Zunahme der Studentenzahlen zu rechnen, hauptsächlich in den Naturwissenschaften.

Le semestre d'été ainsi que les vacances d'été ont été caractérisés par des soucis financiers croissants provoqués par une situation économique du canton se dégradant sensiblement plus rapidement que prévu.

Après une discussion soutenue, un budget universitaire "stabilisé" a été présenté. Il correspond, compte tenu du renchérissement, à une diminution de 5 à 6% par rapport au budget de l'année précédente. Une autre diminution, de 6% cette fois-ci, a été décidée dans le courant de l'été. Le plan d'investissement ne pouvant plus en supporter tout le poids, il a fallu se résoudre à le reporter en grande partie sur le compte des salaires. A court terme une telle économie n'est possible qu'en diminuant le nombre de postes d'assistants. Face à cette situation, professeurs, professeurs-assistants, chargés de cours et chefs de travaux ont, à une grande majorité, accepté une rétrocession volontaire de 3% de leur salaire, afin de maintenir 9 des 24 postes d'assistants qui auraient dû être supprimés.

Il paraît normal dans une période de récession que le développement ou le maintien de certains enseignements universitaires doive être repensé. Malgré cette situation, il a néanmoins été possible de créer une chaire de l'histoire

de l'art et de l'art contemporain. Ouverts aux étudiants de toutes facultés, rattachés cependant à la faculté des lettres, les cours ont été confiés à M. Pierre Gassier, professeur ordinaire. Notons pourtant que la création de cet enseignement, prévu d'ailleurs depuis deux ans, est intervenue avant que la gravité des problèmes budgétaires soit apparue clairement.

Du point de vue du nombre des étudiants, il est normal qu'il soit stationnaire ou en légère régression pour le semestre d'été, étant donné que des immatriculations ne se font qu'exceptionnellement à cette époque. Une augmentation de ce nombre est cependant prévisible pour l'année académique 1975/76, tendance qui paraît spécialement marquée à la faculté des sciences. Il est certes prématuré de mettre cette tendance en relation avec la situation sur le plan des débouchés. Les prochaines années devront montrer si une telle relation existe.

K. Bernauer

Hochschule St. Gallen

Dies academicus 1975. Le doctorat honoris causa a été décerné au Professeur Dr. E. Bonjour (Bâle). Le Conseiller fédéral E. Brugger ouvre le colloque international sur le "management". Limitation du nombre des étudiants étrangers. La contribution de la ville de St.Gall sera réduite de 30% jusqu'en 1980. Des mesures sont prises pour améliorer la compréhension de la population du canton pour la haute école.

Vor einem Jahre feierte die Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (HSG) ihr 75jähriges Bestehen. Den Abschluss der Veranstaltungen bildete ein gross-angelegtes Orientierungsseminar der Weiterbildungsstufe, die auf diesem Gebiete seit einer Reihe von Jahren eigentliche Pionierarbeit leistet. Die Hauptvorträge, welche die Grundlage für die Behandlung von Kernfragen unserer Zeit darstellten, beschränkten sich naturgemäss nicht auf den Bereich einer Fachhochschule. Sie erschienen nun auf den Hochschultag 1975 in einem Sammelband, in welchem die Herausgeber A. Hemmer, E. Küng und H. Ulrich unter dem Titel "Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch" (Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart) Analysen, Perspektiven und Gestaltungsansätze im Lichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vereinigten.

Der Hochschultag vom 14. Juni bot Rektor Prof.Dr. Hans Siegwart Gelegenheit, eindrucklich darzustellen, was eine Hochschule für ihre Stadt, den kantonalen Staat und den ganzen

Landesteil bedeutet. In der Tat könnte man sich die Hochschule St. Gallen aus dem geistigen Leben der Ostschweiz nicht mehr wegdenken. Den Höhepunkt der Feier bildete die Ehrenpromotion von Prof. Dr. Edgar Bonjour (Basel). Der akademische Grad eines Doctors rerum publicarum honoris causa wurde dem Historiker für sein gesamtes Lebenswerk, insbesondere die gründliche Erforschung und meisterhafte Darstellung der Geschichte der schweizerischen Neutralität verliehen. Zu den Preisen für besonders gute Leistungen trat eine neue Auszeichnung, welche die 50 Jahre alt gewordene Verbindung "Bodania" für das beste Lizentiat stiftete, während die 75jährige "Mercuria" eine jährliche Spende an den Hochschulsport beschloss. Zu einem eigentlichen Grossanlass wurde das mehrtägige, von Studenten organisierte Internationale Management-Gespräch über "Unternehmensstrategie im Wandel". Bundesrat E. Brugger eröffnete und ein Festkonzert in der Kathedrale beschloss die von 600 Teilnehmern besuchte Tagung.

Die Zahl der Studenten verdoppelte sich seit dem Bezug der neuen Hochschulanlagen (1963). Seit vier Jahren hat sich indessen die steil ansteigende Kurve verflacht, d.h. auf der Höhe von rund 1900 Immatrikulierten gehalten. Die Zahl wäre freilich viel höher, hätte man nicht seit 1963 den Zustrom von Inhabern ausländischer Maturitätszeugnisse durch eine Prüfung auf höchstens 25% der Gesamtzahl der Studierenden beschränkt. Damit soll der Grundcharakter einer schweizerischen Hochschule gewahrt und zugleich dem Vorwurf begegnet werden, es würden aus einheimischen Steuergeldern in allzu hohem Masse Ausländer ausgebildet.

Solche Ueberlegungen spielen in einer Abstimmungsdemokratie ihre Rolle. Die Hochschule St. Gallen steht nämlich vor einer Volksabstimmung, welche ihre Trägerschaft ändern soll. Waren bisher Stadt und Kanton St. Gallen gleichmässig im Hochschulrat vertreten und trugen sie die Kosten, welche sie nach Abzug der Bundesbeiträge zu übernehmen hatten, zu gleichen Teilen, so verlegt nun die vorgesehene Neuerung das Schwergewicht in der Richtung des Kantons: der städtische Beitrag soll im Laufe von vier Jahren jeweilen um 5% der Beitragspflicht gesenkt und dann ab 1980 auf 30% (zusätzlich Anpassung an die Teuerung) in Form eines Standortbeitrages eingefroren werden.

Die Hochschule begrüsst diesen stärkern Rückhalt beim kantonalen Staat, ist es doch ohnehin ein seltener Fall, dass ein städtisches Gemeinwesen in so hohem Masse eine Hochschule mitzutragen hat. Es gilt nun, vorab auf dem Lande, das Verständnis für die wachsende Mitverantwortung des Kantons für die HSG zu festigen. Diesem Bestreben dienen bereits mehrere Besuchstage. Die Gelegenheit, unter kundiger Führung Einblick in die Arbeit der akademischen Lehre und Forschung zu gewinnen, wurde erfreulich eifrig benützt. So-

dann zeigt eine Informationsschrift übersichtlich den Aufbau des Studiums: Einheitliche Grundstufe (1. bis 4. Sem.) und anschliessend die Lizentiatsstufe (5. bis 8. Sem.) mit 16 Studienrichtungen des Wirtschaftswissenschaftlichen und 5 Studienrichtungen des Staatswissenschaftlichen Lehrgangs sowie Ausbildung zum Handelslehrer (Wirtschaftspädagogischer Lehrgang). Wer sein Diplom mindestens mit der Note "gut" erworben hat, kann noch während zweier Semester die Doktorandenseminare besuchen. Die für weite Kreise gedachte Informationsschrift orientiert auch über die 14 wissenschaftlichen Institute, welche neben der eigentlichen Forschung eine für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wertvolle Arbeit in Form von Gutachten, Anregungen sowie von Kursen und Tagungen leisten.

G. Thürer

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Règlementation concernant l'admission, les études et les examens, la postformation, le doctorat, l'habilitation, les conseils des sections, les instituts. Evénements. Conseil des écoles: planification et coordination. Faits administratifs. Personalialia.

Auf Grund der Einwände der Eidg. Justizabteilung hat der Schulrat das Zulassungsreglement beider ETH vom 5.7.74 in einigen Punkten geändert und auch das Aufnahmeregulativ der ETH Zürich mit einigen Aenderungen neu erlassen. - Künftig können HTL-Absolventen auch ins 5. Semester der chemisch-petrographischen Teilrichtung der Abteilung für Naturwissenschaften sowie der Unterabteilung für Vermessungsingenieurwesen übertreten. - An der Abteilung für Naturwissenschaften ist ein Normalstudienplan für Verhaltenswissenschaftler erlassen worden. Der Unterricht wird zum Teil von der Uni erteilt. - Die Schulleitung ist bereit, an der Aenderung der Rechtsordnung mitzuwirken, damit das Experiment "projektorientiertes Studium (POST)" auch mit den Prüfungen durchgeführt werden kann. - Nach einem Vorschlag der Abt. XIIIA (Geistes- und Sozialwissenschaften) sollen alle Fachabteilungen Fächer der Abteilung XIIIA als Wahlfächer in die Diplomprüfung aufnehmen. Die Umfrage darüber läuft noch. Die Abteilungen haben sich fast ausnahmslos dafür ausgesprochen, dass Mechanik und Volkswirtschaftslehre auch in Zukunft sowohl deutsch als auch französisch gelehrt werden sollen. - Der Bundesrat hat eine neue Verordnung über die Abteilung für Militärwissenschaften erlassen. - Ab Frühjahr 1976 wird der sechste interdisziplinäre Nachdiplomkurs über Probleme der Entwicklungsländer (INDEL) durchgeführt werden,

ab WS 75/76 je ein Nachdiplomkurs in Automatik und Nachrichtentechnik. - ETH und Uni Zürich anerkennen sich gegenseitig die Diplome für die Zulassung zum Doktorat. Der gleichen Regelung mit der ETH haben auch die Universitäten Basel, Bern und Freiburg zugestimmt. Die Antwort der Universitäten von Genf, Lausanne und Neuenburg stehen noch aus. - Nach einer Aenderung des Habilitationsregulativs werden die Vorlesungen der Privatdozenten künftig im Programm jener Abteilung angekündigt, an der sie sich habilitiert haben.

Der Schulrat hat die drittelsparitätische Zusammensetzung des Abteilungsrates der Abteilung für Maschineningenieurwesen bis Ende WS 75/76 verlängert. - Nach den neuen "Satzungen des Abteilungsrates der Abteilung für Chemie" gibt es kein Referendum gegen Beschlüsse des Abteilungsrates und keine konsultativen Urabstimmungen mehr. - Der Bundesrat hat am 9.4.75 das Institutsreglement genehmigt, das der Schulrat am 23.11.73 erlassen hatte.

An der Promotionsfeier vom 4.7.75 hat Prof.Dr.W.Bühlmann sich mit "Gedanklichen Modellen und praktischen Problemen" auseinandergesetzt. - Die Subkommission für interdisziplinäre Veranstaltungen der Dozentenkommission hat eine Ringveranstaltung über "Information, Kommunikation, Verständigung" durchgeführt. Auf Veranlassung der Subkommission für Studiengestaltung hat die Hochschule für Bildungswissenschaft in Klagenfurt den ingenieurpädagogischen Kurs für ETH Dozenten wiederholt (Intensivkurs mit sieben Teilnehmern!). - Die Reformkommission hat der Schulleitung verschiedene Prüfungsreformen beantragt. - Die Arbeitsgruppe "Umwelt" beider Hochschulen hat eine Ausstellung "umdenken, umschwenken" veranstaltet.

Der Schulrat will in Zukunft aktiv in die Planung und Koordination beider ETH und Annexanstalten eingreifen. Zur Dozentenplanung der ETH hat er Beschlüsse gefasst, die zum Teil von den Anträgen der Abteilungen abweichen. Der Schulrat setzt sich andererseits aber auch dafür ein, dass er in jenem Organ direkt vertreten wird, das für die schweizerische Wissenschaftspolitik zuständig werden soll.

Die Schulleitung hat auch für dieses Jahr wieder eine Million Franken für interdisziplinäre Forschungen über Umweltprobleme ausgeschieden, obwohl der gleiche Betrag letztes Jahr nicht voll beansprucht worden war. - Aus dem Kredit "Unterricht und Forschung" darf die ETH künftig kein ständiges Personal mehr besolden. Sie muss daher rund 150 Dienstverträge (äquivalent rund 110 vollen Stellen) auflösen. Wegen des Personalstopps für Etatstellen muss sie Personal entlassen und umverteilen. - Die Schulleitung hat im Juni Gespräche mit den Abteilungen, Instituten und Professuren über die Raumbelegung im ETH-Zentrum aufgenommen und vorgängig u.a. Ziele und Grundsätze bekanntgegeben.

Die ETH hat ein systematisches Rechtsquellen-Verzeichnis herausgegeben. Die Rechtsquellen-Sammlung wird in der Hauptbibliothek zugänglich gemacht werden. Das ETH-Bulletin ist zum Organ für amtliche Bekanntmachungen erklärt worden. Anfangs Juli ist der ETH-Jahresbericht 1974 erschienen (A4, 36 Seiten). Das Rektorat gibt einen vollständigen Katalog der Lehrveranstaltungen (Inhaltsangaben) heraus.

Die Professoren haben Prof. Dr. Zollinger für die nächsten zwei Jahre als Rektor wiedergewählt. - Neuer Präsident der Dozentenkommission ist Prof. Dr. W. Hunziker (Physik), neuer Präsident der Assistentenvereinigung (AVETH) Peter Hasenfratz (Institut für Grundbau und Bodenmechanik), neuer Präsident des Vereins der Studierenden (VSETH) Meinrad Mächler (Masch.-Ing.).

Im vergangenen Jahr haben neun neue Professoren das Amt an der ETH angetreten: E. Brem (Betriebswissenschaften), H. Brändli (Verkehrswesen), Dr. J. Nievergelt (Informatik), Dr. Ch. Schlatter (Toxikologie), Dr. H. Schürch (Leichtbau), Dr. Ch. Siegmann (Physik), Dr. D. Steiner (quantitative Geographie), Dr. H. Sticher (Bodenchemie), Dr. B. Vickers (englische Sprache und Literatur). Vier Professoren sind zurückgetreten: Dr. W. Daenzer (Betriebswissenschaften), Dr. H.G. Gerlach (elektrische Maschinen), Dr. P. Gassmann (Verfahrens- und Kältetechnik), Dr. C.A. Meier (allg. Psychologie). Im Amt gestorben sind die Professoren Dr. A. Bukowiecki (Ingenieur-Chemie) und Dr. J. Rudiger (Molekularbiologie). Professor V. Prelog hat den Nobelpreis 1975 für Chemie erhalten.

R. Bach

Universität Zürich

Le projet de la nouvelle loi universitaire a été présenté au public. Le règlement disciplinaire doit être révisé. La commission universitaire suspend l'exécutif étudiant. Le peuple refuse de poursuivre l'action d'aide aux étudiants étrangers par le moyen de bourses.

Am 12. Juni 1975 hat Erziehungsdirektor Gilgen der Presse den regierungsrätlichen Entwurf für das neue Universitätsgesetz vorgestellt. Er enthält gegenüber dem vom akademischen Senat im Februar 1973 verabschiedeten Vorschlag einige bemerkenswerte Änderungen in der Richtung auf eine Verstärkung der behördlichen Kompetenzen: Die Wahl des Rektors soll durch den Regierungsrat erfolgen, allerdings auf Antrag des Senats. Damit behält sich die Regierung vor,

auch einen Kandidaten ausserhalb des Professorenkollegiums zu berufen, ausserdem möchte sie der Universität keinen andern Rechtsstand als anderen kantonalen Grossbetrieben gewähren. In den Universitätsrat sollen Regierung, Kantonsrat und Senat je drei Mitglieder wählen, während der Senat ein Verhältnis von 2:2:3 beantragt hatte. Schliesslich bedürfen die vom Senat in den Universitätsrat gewählten Mitglieder der Genehmigung durch die Regierung. - Unverändert gegenüber dem Vorentwurf des Senats bleiben die grundsätzlichen Neuerungen: Die Universität wird dem Kompetenzbereich des Erziehungsrates entzogen und dem Universitätsrat unterstellt, in dem der Erziehungsdirektor als Präsident, der Rektor als Vizepräsident amtiert. Das Universitätsgesetz soll ein Rahmengesetz sein, das der Universität einen genügenden Spielraum zur Selbstgestaltung belässt. Die Führung der Universität wird gestärkt und gestrafft, indem der Rektor mehr Kompetenzen erhält und der Universitätsrat über alle wesentlichen Belange der Universität entscheiden kann. Schliesslich erfährt der Instanzenweg eine Vereinfachung, da der Universitätsrat das einzige Bindeglied zwischen der Universität und der Regierung bildet. - Der Gesetzesentwurf geht nun zur Behandlung an den Kantonsrat.

Die Schulsynode des Kantons Zürich hat am 9. Juni 1975 den vom akademischen Senat vorgeschlagenen Kandidaten, Herrn Prof. Dr. Peter Frei, in den Erziehungsrat gewählt. Damit wird die Universität nach zwölfjährigem Unterbruch wieder in der obersten Erziehungsbehörde vertreten sein.

Der akademische Senat musste die erst seit dem Dezember 1972 gültige Disziplinarordnung revidieren. Das war notwendig, weil sich die Praxis einbürgerte, dass die Verzeigten einer Vorladung keine Folge leisteten, dass die Urteile des Universitätsrichters und des Disziplinarausschusses schwer verständliche Unterschiede aufwiesen und der Zeitraum zwischen der Anklageerhebung und der Urteilsfällung oft unverhältnismässig lang wurde. Die Revision ermöglicht nun ein strafferes Verfahren und eine bessere Abstufung des Strafmasses. Das Nichterscheinen vor dem Universitätsanwalt (bisher Universitätsrichter) wird unter Strafe gestellt, der Ausschluss vom Studium oder von Prüfungen ist für die Dauer von bis zu sechs Semestern möglich. Zusätzlich können Vergehen und Verbrechen im Bereich der Universität geahndet und Studierende bestraft werden, die über die Organe der Universität bewusst irreführende Berichte verbreiten.

Der Kleine Studentenrat (studentische Exekutive) sandte am 30. April 1975 aus Anlass der Beendigung des Krieges in Vietnam an die "Union of students for liberation of South Vietnam" eine Glückwunschsbotschaft. Weil die Hochschulkommission diesen Schritt als Verstoss gegen die dem Organ einer Zwangskörperschaft gesetzten Grenzen erachtete, griff er zu einer ungewöhnlichen Sanktion: er setzte den Kleinen

Studentenrat ab. Berechtigt dazu war er umso mehr, als die Studentenschaft ihren Vertretern 1969 mit grosser Mehrheit das politische Mandat abgesprochen hatte. Begreiflicherweise hat die behördliche Massnahme, die vielfach als unverhältnismässig taxiert wurde, auch in der Öffentlichkeit und im Kantonsrat viel Staub aufgewirbelt und die Studentenschaft veranlasst, gegen den Entscheid der Hochschulkommission an den Erziehungsrat zu rekurrieren.

Zu Beginn dieses Jahres hatte der Kantonsrat beschlossen, den "Stipendienfonds der höheren Lehranstalten", der für die Unterstützung von im Kanton Zürich ansässigen ausländischen Mittelschülern und Hochschulstudenten bestimmt ist, wie bisher um jährlich eine Million Franken zu äufnen. Gegen diesen Beschluss ergriff die Nationale Aktion das Referendum. In der Volksabstimmung vom 8. September 1975 hat der Souverän - bei einer Stimmbeteiligung von 27% - die Fortführung dieser Stipendienhilfe verweigert. Was dabei die grössere Rolle spielte, die Animosität gegen die Ausländer oder eine gewisse Universitätsfeindlichkeit, ist schwer auszumachen. Das betrübliche Abstimmungsergebnis entzieht einer grossen Anzahl von studierfähigen jungen Ausländern den finanziellen Rückhalt.

O. Woodtli

Redaktion und Sekretariat:

Gloriastrasse 59, 8044 Zürich